

Gemeinde Schaan

Förderbeitrag für Liemobil-Jahresabo wird nicht erhöht

SCHAAN Die Gemeinde Schaan subventioniert wie alle anderen Gemeinden des Landes seit Jahren die Jahresabonnemente der Liemobil. Diese erhöht die Preise auf den 1. Juli hin: Ein Jahresabo für einen Erwachsenen (alle Zonen; Vollpreis) kostet dann 320 Franken, also 80 Franken mehr als bis anhin. Der Schaaner Gemeinderat hat nun entschieden, die Liemobil-Jahresabos zwar weiter zu subventionieren, den Fördersatz im Gegensatz zu anderen Gemeinden aber nicht zu erhöhen, heisst es in der Pressemitteilung vom Mittwoch. «Der öffentliche Verkehr ist Landessache, desgleichen die Festlegung der Tarife. Zudem gehen die Einnahmen aus dem Ticketverkauf nicht an die Gemeinden», argumentiert der Rat. Die Subventionierung der Bus-Abos sei überdies seit jeher eine sogenannte «Goodwill»-Aktion und keine Verpflichtung. Auch wegen der aktuell laufenden Sparbemühungen wird die Erhöhung der Förderbeiträge abgelehnt. Aus der Medienmitteilung geht überdies hervor, dass im Gemeinderat «generelle Bedenken zur Förderung von Bus-Abos» bestünden. Weshalb, wird nicht erwähnt. (red/pd)

Schaan schliesst Jahresrechnung 2012 positiv ab

SCHAAN Trotz einer Rückstellung von 4,3 Millionen Franken für die Sanierung der staatlichen Pensionskasse schliesst die Gemeinde Schaan die Jahresrechnung 2012 mit einem leichten Gewinn von 0,4 Millionen Franken ab. Wie es im aktuellen Newsletter der Gemeinde heisst, konnte dieser Überschuss «dank den greifenden Sparmassnahmen und einiger Sonderermässigungen» erreicht werden: «Zu diesen nicht erwarteten Einnahmen zählen unter anderem der positive Verlauf der Wertschriftenanlagen, Verkäufe von Grundstücken und Nachsteuern im Bereich der Vermögens- und Ertragssteuern.» Die Kapital- und Ertragssteuern seien jedoch eingebrochen, und in nächster Zeit sei aufgrund des neuen Steuergesetzes nicht mit einer Verbesserung der Situation zu rechnen. (red/pd)

Gegen Radweg in Naturschutzgebiet

SCHAAN Der Schaaner Gemeinderat unterstützt die Fahrbahn des geplanten Radweges entlang der Bahnlinie am Rand des Naturschutzgebietes Schwabbrünnen aus Gründen des Naturschutzes nicht. Dies teilte die Gemeinde am Mittwoch mit. Ausschlaggebend für diese Entscheidung sei, dass sich im Schaaner Grossriet an der Grenze zum Plankner Äscher eine Ruhezone für das Wild befindet und es zu der vorgeschlagenen Route gute Alternativen gebe. (red/pd)

Stadtbus Chur

Fast 1 Million mehr Fahrgäste befördert

CHUR Die Stadtbus Chur blickt nach eigenem Bekunden auf ein gutes Geschäftsjahr 2012 zurück. Der Betrieb «Dr Bus vu Chur» beförderte 6,8 Millionen Fahrgäste, 900 000 mehr als im Vorjahr. Erneut schrieb die SBC einen Minigewinn von wenigen tausend Franken. Auch der Betriebsertrag blieb mit 23,5 Millionen Franken praktisch unverändert, wie die Stadtbus Chur am Mittwoch mitteilte. Der Verkehrsertrag aus dem Personenverkehr ging trotz des Fahrgastzuwachses in Chur zurück, um 2 Prozent auf 9,2 Millionen Franken. Negativ wirkte sich ein Defizit von 380 000 Franken aus, das der Engadiner Ableger, die Engadin Bus, einfuhr. Dem Betrieb machten der schwächelnde Tourismus und die Euroschwäche zu schaffen. (sda)

Wege zu friedlichem Miteinander aller Akteure im öffentlichen Raum

Podiumsdiskussion Die Interessen könnten nicht verschiedener sein, wenn es darum geht, den öffentlichen Raum zu nutzen. Der Verein Sicheres Liechtenstein lud zu einer Diskussionsrunde, in der verschiedenste Standpunkte angesprochen wurden.

VON KIRSTIN DESCHLER

Der Versammlungsort zur Debatte über den öffentlichen Raum war mit dem Schulungsraum des Amtes für Bevölkerungsschutz in Vaduz zwar nicht öffentlich, aber die Diskussion selbst war es. Der Einladung des Vereins Sicheres Liechtenstein folgten allerdings lediglich rund 20 Personen. Diese aber hatten eine Menge zum Gegenstand der Diskussion beizutragen. Bevor das Publikum seine Ansichten äussern konnte, eröffnete Reinhold Wohlwend, Präsident des Vereins Sicheres Liechtenstein, den Abend. Er wies auf die Heterogenität des Themas hin, welches alle betreffe - von Jung bis Alt. Es existieren unterschiedlichste Perspektiven auf und Anforderungen an den öffentlichen Raum, weshalb man Vertreter verschiedenster Interessengemeinschaften eingeladen habe: Judith Meile vom Behindertenverband, Triesens Vorsteher Günther Mahl, Brian Haas sowie Orlando Wanner vom Jugendrat und Ludwig Frommelt von der Gewaltschutzkommission/Amt für Soziale Dienste.

Ein offener Dialog bringt's

Das es funktionieren kann, wenn man möglichst allen Stimmen Gehör gibt, zeige laut Wohlwend die Vandalismus-Kampagne. Hier hätten das Land und die Gemeinden gemeinsam mit Jugendlichen ein Konzept erarbeitet, um in der Bevölkerung ein Bewusstsein für dieses Thema zu generieren. So unterschiedlich wie die Nutzungen sind auch die Ansprüche an den öffentlichen Raum. Dies führe zu Konflikten und stelle eine zunehmende Herausforderung dar. Neben Vandalismus seien auch Littering und Ruhestörung ein massives Problem, sagte Wohlwend. Der Triesener Gemeindevorsteher Günther Mahl plädierte in seiner Stellungnahme dafür, einen Dialog aller Nutzer zu fördern, statt den Herausforderungen mit Verboten und Bussen zu begegnen. Dabei seien Respekt und Toleranz Grundvoraussetzung. Ludwig Frommelt wies auf den positiven Aspekt des öffentlichen Raums hin, der eine Chance sei, sich zu begegnen.



Brachten ihre Perspektive ein (v. l.): Brian Haas und Orlando Wanner (Jugendrat), Ludwig Frommelt (Gewaltschutzkommission/ ASD), Moderator Reinhold Wohlwend, Judith Meile (Behindertenverband) und Günther Mahl (Vorsteher Triesen). (Foto: Nils Vollmar)

Sowohl Redner als auch Publikum waren sich in ihren Voten einig, dass die Verursacher der Probleme im öffentlichen Raum nicht nur Jugendliche sind. Allerdings bedürfen diese der öffentlichen Plätze in besonderem Masse, machte Frommelt deutlich. Gerade junge Menschen zwischen 16 und 18 hätten einfach keinen Ort, an dem sie sich aufhalten können. Diesen Aspekt konnten auch Brian Haas und Orlando Wanner vom Jugendrat unterschreiben und machten auf die beschränkten Möglichkeiten für Jugendliche, auszugehen, aufmerksam. Schnell schoss man sich in der Diskussion auf das Thema «Jugendbeiz» ein. Unbestritten sei, so das Fazit, dass es einen Ort brauche, an dem Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren Alkohol unter Aufsicht konsumieren können. Damit einher gehen jedoch zahlreiche Fragen: Wo soll dieser Ort sein? Wer kommt für die Kosten auf? Wer übernimmt die Verantwortung? Es existieren bereits einige Überlegungen in diese Richtung und in der Theorie findet dieses Anliegen auch grossen Zuspruch. Eine junge Dame aus dem Publikum, welche mit dem

Dice-Projekt nicht nur positive Erfahrungen gemacht hat, beklagte die Haltung, die viele vorbrächten: «Gute Idee, solange es nicht vor meiner Haustür passiert.» Diese Erfahrung musste auch Mahl in seiner Gemeinde machen. Mit dem Robinson-Spielplatz hat man in Triesen aber eine Möglichkeit geschaffen, wo Jugendliche nach vorheriger Anmeldung feiern könnten. Nach anfänglichen Schwierigkeiten funktioniert das mittlerweile auch gut.

Sensibilisierung durch Selbsterfahrung

Im Publikum waren auch einige Gemeindepolizisten, die bestätigten, dass ein Dialog auf Augenhöhe die besten Resultate erziele. Orlando Wanner bemühte hierbei die Devise «wie man in den Wald hineinschreit, so schallt es heraus». Aus dem Publikum kam die Frage, welche Art der Sensibilisierung die wirkungsvollste sei, woraufhin ein Jugendlicher meinte, dass ein Peter Jehle auf einem Plakat (Vandalismuskampagne) wohl wenig Überzeugungsarbeit leisten würde. Einige Erfahrungsberichte, die während der regen Dis-

kussion geäussert wurden, zeigten, dass eine Art «Selbsterfahrung» das wirkungsvollste Mittel sei. Wenn etwa Schüler in wöchentlichem Rhythmus Schulwege vom Müll befreien müssten oder bei Aktionen wie der Putzete bereits sehr früh ein Bewusstsein geschaffen würde. Egoismus und fehlende Zivilcourage seien in unserer heutigen Gesellschaft ein immer grösser werdendes Problem, machte auch Judith Meile vom Behindertenverband deutlich. Gerade für Menschen mit Behinderung stellen öffentliche Plätze eine besondere Herausforderung dar. Seit 2007 gilt das Gleichstellungsgesetz, wonach Gebäude barrierefrei gebaut werden müssen. Gebäude, die zuvor gebaut wurden, trifft diese Regel jedoch nicht. Jüngere Behinderte würden weniger Scheu haben, nach draussen gehen und ihre Bedürfnisse äussern, sagte Meile weiter. Das Land sei insgesamt auf einem guten Weg. Gestern wurde deutlich, dass ein offener Dialog unter allen Beteiligten ausgezeichnet funktioniert: Ein guter Anfang also.

FBP-Präsident Batliner: «Kritik am Konkordat gilt es ernst zu nehmen»

Interview Alexander Batliner, Präsident der Bürgerpartei, wünscht eine Volksabstimmung über das geplante Konkordat.

VON MARTIN HASLER

«Volksblatt»: Was nehmen Sie aus der Diskussion über die Entflechtung von Staat und Kirche vom Dienstagabend mit?

Alexander Batliner: Der Abend hat gezeigt, dass das vorliegende Konkordat teilweise auf grosse Kritik bzw. Ablehnung stösst. Diese gilt es sehr ernst zu nehmen. Nun sind jedoch zuerst die Gemeinden gefordert. Es bleibt abzuwarten, ob alle elf Gemeinden eine Regelung finden, die auch in den einzelnen Gemeinderäten auf Zustimmung stossen. Dann stellt sich immer noch die Frage, ob in der einen oder anderen Gemeinde das Referendum gegen den Gemeinderatsentscheid ergriffen wird und es zu einer Volksabstimmung kommt. Wenn ich mir die Stimmung an der Veranstaltung vergegenwärtige, ist dies zumindest nicht auszuschliessen. Sollte es auch nur in einer Gemeinde keine Mehrheit geben, wird es schwierig,

das Konkordat in dieser Form in den Landtag zu bringen. Dann werden wir prüfen müssen, ob es möglich ist, nur das Religionsgemeinschaftengesetz sowie die Verfassungsänderung umzusetzen und auf ein Konkordat zu verzichten. Dies wäre für mich ein gangbarer Weg, der aber eine Gesetzesänderung beim Religionsgemeinschaftengesetz notwendig macht. Aber wie gesagt, jetzt müssen zuerst die Entscheide in allen Gemeinden abgewartet werden.

Wie ist die Stimmung betreffend Konkordat in der FBP-Fraktion?

Die FBP hat bereits im Herbst letzten Jahres gefordert, dass die Regierung mit der Bevölkerung in einen intensiven Dialog tritt. Regierungschef Adrian Hasler hat dieses Wahlversprechen erfüllt und auch eine weitere Diskussion mit der Bevölkerung angekündigt. Diese Meinung wurde auch von der FBP-Fraktion so vertreten. Ich bin froh, dass dieser Dialog



«Die Diskussion hat mich in meiner Haltung gestärkt, dass über das Konkordat das Volk das letzte Wort haben sollte»: FBP-Präsident Batliner. (Foto: Zanghellini)

nun gestartet wurde, Altregierungschef Tschüscher und die VU wollten diesen ja unter allen Umständen verhindern und dieses Konkordat ohne Diskussion durchboxen. Das war mit der FBP nicht zu machen. Die Stimmung im Saal hat gezeigt, dass der Dialog der richtige Weg ist.

Wie stehen die Chancen für die Entflechtung in der vorliegenden Form aus Ihrer Sicht?

Die Diskussion hat mich in meiner persönlichen Haltung gestärkt, dass über das Konkordat das Volk das letzte Wort haben sollte. Sollten alle elf Gemeinden eine Regelung finden und der Landtag dem Konkordat zustimmen, ist für mich persönlich anschliessend eine Volksabstimmung zwingend. Die Auswirkungen und Inhalte dieses Konkordates verlangen für mich einen direktdemokratischen Entscheid.